

Motion 10.185 GLP Änderung der Geschäftsordnung §80 Abs2

*Frau Präsidentin,
Herr Regierungsrat,
geschätzte Anwesende,*

Dass der Regierungsrat diese Motion ablehnt war von Anfang an klar. Mit dem Instrument, dass der Regierungsrat bei Motionen, Postulaten und Aufträgen, die er entgegennehmen will, eine kurze Erklärung abgeben darf, hat er sich über eine Hintertüre eine neue Möglichkeit geschaffen, den Inhalt von Vorstössen zu verwässern. Aus diesen kurzen Erklärungen werden mitunter lange Belehrungen weshalb der Vorstoss zwar löblich und durchaus berechtigt ist, man teilweise auch schon an der Umsetzung sei, nur bestimmte Teile aber erfüllt werden könnten oder eben aus verschiedenen Gründen halt eben doch nicht. So wird der Vorstoss zur geplanten Makulatur. Solches tut der Regierungsrat bewusst. Denn nimmt er den Vorstoss direkt entgegen, haben wir im Rat keine Möglichkeit zur Diskussion und er wird dann im Sinne der Erwägungen des Regierungsrates stillschweigend überwiesen. Lehnt er hingegen einen solchen Vorstoss ab, riskiert er, dass das Parlament diesem trotzdem zustimmt und er mit diesen dann auch auf den genauen Wortlaut behaftet wird. Genau das wollen wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier aber. Man hat uns schon mit der Einführung von WoV, mit dem Instrument Auftrag so vieles

versprochen, was dann nicht im Sinne des Parlamentes umgesetzt wurde und nun verwässert man uns auch noch das Instrument Postulat. So darf das nicht angehen. Das Postulat ist ein „Gestaltungsmittel“ von uns Grossrätinnen und Grossräten und darf doch nicht so abgeschwächt werden, dass der Regierungsrat uns den gesamten Handlungsspielraum nimmt. Es kommt mir vor, als ob der Regierungsrat unsere Vorstösse als reine Behinderung oder gar als Belästigung ihrer freien Tätigkeit ansieht. Im Kanton Solothurn kann der Regierungsrat zum Beispiel einen abgeänderten Motionstext vorschlagen, wenn ihm eine Forderung zu weit geht. Das Parlament entscheidet dann, ob es den ursprünglichen oder den Regierungsvorschlag unterstützen will. Dies wäre eine Möglichkeit welche für beide Seiten akzeptabel wäre. Der Umweg über eine jedes Mal zu beantragende Diskussion, bei einer Inhalts- verändernden Erklärung, ist aber sicher nicht der richtige Weg und ändert an der Ausgangslage respektive verpflichtet die Regierung zu gar nichts. Deshalb beantrage ich ihnen im Namen der GLP – Fraktion diese Motion zu überweisen. Wir dürfen uns unsere politischen Instrumente nicht amputieren lassen und unsere regierungsrätlichen Aufträge müssen wieder ernst genommen und so umgesetzt werden, wie wir das in unseren Vorstössen auch fordern.

Aufgrund verschiedener Voten aus anderen Parteien, welche die Stossrichtung nicht aber die Motion unterstützen wollten, zogen wir die Motion zurück und

*werden unsere Forderungen mittels eines
entsprechenden Postulats neu formulieren.*